INHALTSVERZEICHNIS

1 EINLEITUNG	
1.1 Aufgabenstellung und Abgrenzung des Themas	1
1.2 Vorgehensweise	6
2 ALLGEMEINE GRUNDLAGEN DER FINANZKONTROLLE	9
2.1 Die historische Entwicklung der Finanzkontrolle	9
2.2 Finanzkontrolle als Element und Aussluß des Demokratiegedankens	10
2.3 Der Begriff der Finanzkontrolle	11
2.4 Die Finanzkontrolle als Bestandteil des Haushaltskreislaufs	13
2.5 Der Status der Finanzkontrolle	13
2.6 Die Rechtsgrundlagen der Finanzkontrolle	15
2.7 Die Organe der Finanzkontrolle	17
2.8 Die Rechtsstellung der Rechnungshöfe und ihrer Mitglieder	19
2.9 Die innere Organisation der Rechnungshöfe	22
•	
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE	24
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE	
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE	24
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE	24 27
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE	24
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE 3.1 Aufgaben	24
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE 3.1 Aufgaben	
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE 3.1 Aufgaben 3.2 Ziele 3.3 Prüfungsobjekte 3.4 Umfang und Grenzen der Prüfungstätigkeit 3.4.1 Grundsatz der Lückenlosigkeit.	
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE 3.1 Aufgaben	
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE 3.1 Aufgaben	
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE 3.1 Aufgaben 3.2 Ziele 3.3 Prüfungsobjekte 3.4 Umfang und Grenzen der Prüfungstätigkeit 3.4.1 Grundsatz der Lückenlosigkeit 3.4.2 Durchbrechungen der prinzipiellen Lückenlosigkeit 3.5 Prüfungsmaßstäbe/Kontrolldimensionen 3.5.1 Ordnungsmäßigkeit	
3 FUNKTIONSWEISE DER FINANZKONTROLLE DURCH DIE RECHNUNGSHÖFE 3.1 Aufgaben 3.2 Ziele 3.3 Prüfungsobjekte 3.4 Umfang und Grenzen der Prüfungstätigkeit 3.4.1 Grundsatz der Lückenlosigkeit 3.4.2 Durchbrechungen der prinzipiellen Lückenlosigkeit 3.5 Prüfungsmaßstäbe/Kontrolldimensionen 3.5.1 Ordnungsmäßigkeit 3.5.2 Wirtschaftlichkeit	

3.8 Mitwirkungs-, Prüfungs- und Beratungskompetenzen	47
3.8.1 Spezielle Mitwirkungs- und Anhörungsrechte	47
3.8.2 Sonderprüfungsrechte	48
3.8.3 Beratungsrechte des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung	49
3.9 Zeitpunkt der Kontrolle	50
3.10 Vorprüfung	
3.10.1 Uneinheitlichkeit der Vorprüfung beim Bund und in den Ländern	
3.10.2 Grenzstellung der Vorprüfung zwischen Verwaltung und Rechnungshof	
3.10.3 Aufgaben der Vorprüfung	53
3.11 Kollegiale Entscheidungsfindung und Beschlußfassung	
3.12 Personalstruktur	
3.13 Informationsübermittlung durch die Rechnungshöfe	
3.14 Statistische Auswertung der Mitteilungen und Bemerkungen des Bundesrechnungsl	
3.15 Stärken-/Schwächenprofil der Rechnungshöfe	
3.15.1 Stärken der Rechnungshöfe	63
3.15.2 Weder Stärken noch Schwächen der Rechnungshöfe	66
3.15.3 Schwächen der Rechnungshöfe	68
3.15.4 Fazit der Stärken-/Schwächenanalyse	72
4 INSTRUMENTE ZUR STEIGERUNG DER EFFIZIENZ IN DER	
ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG	73
4.1 Ausgliederung bzw. Privatisierung	
4.2 Andere effizienzorientierte Reformansätze	
4.2.1 Organisationsänderungen (Kosten-/Verantwortungszentren)	/8
4.2.2 Prozeßkostenrechnung	/8
4.2.3 Gemeinkostenwertanalyse	
4.2.4 Benchmarking	65
4.2.5 Haushaltsflexibilisierung und -globalisierung	87
4.2.6 Entiohnungskonzepte	90
4.3 Bewertung der vorgestellten effizienzsteigernden Instrumente	
5 AUSGLIEDERUNG UND PRIVATISIERUNG	
5.1 Motive und Ziele bei Ausgliederungen und Privatisierungen	95
5.1.1 Einzelwirtschaftlich-organisationsbezogene Motive	97
5.1.2 Budgetbezogene Motive	100
5.1.3 Gesamtwirtschaftliche Motive	101

5.2 Formen und Modelle der Ausgliederung und Privatisierung	102
5.2.1 Der Begriff der Ausgliederung	102
5.2.1.1 Ausgliederungen (i.w.S.)	103
5.2.1.2 Ausgliederungen (i.e.S.)	104
5.2.2 Rechts- und Organisationsformen von Ausgliederungen mittels öffentlicher und	
gemischtwirtschaftlicher Unternehmen und ihre Abgrenzung zum privaten Sektor	106
5.2.2.1 Offentliche Betriebe (Regiebetrieb, Eigenhetrieh)	100
5.2.2.2 Sondervermögen	110
5.2.2.3 Unternehmen des öffentlichen Rechts	112
5.2.2.4 Unternehmen des privaten Rechts	113
5.2.3 Die unterschiedlichen Ausprägungsformen der Privatisierung	. 114
5.2.3.1 Materielle Privatisierung	115
5.2.3.2 Formelle Privatisierung	117
5.2.3.3 Vermögensprivatisierung	120
5.2.3.4 Leistungsprivatisjerung	122
5.2.3.5 Fazit zu den Privatisierungsformen	124
5.2.4 Der Zusammenhang zwischen Ausgliederung und Privatisierung, Outsourcing und	
Contracting-out	124
5.2.4.1 Zur Ausgliederung	127
5.2.4.2 Zur Privatisierung	127
5.2.4.3 Zum Outsourcing	129
5.2.4.4 Zum Contracting-out	130
5.2.4.5 Ergebnis der Abgrenzung	133
5.3 Zur Entwicklung und Bedeutung von Privatisierungen	134
5.3.1 Die Bedeutung der jeweiligen gesellschaftlichen Situation	
5.3.2 Der Einfluß der politischen Grundeinstellung	134
5.3.3 Praktische Privatisierungsmöglichkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene	136
5.3.3.1 Privatisierungsbilanz des Bundes	136
5.3.3.2 Pivatisierungschancen auf Landesebene	139
5.3.3.3 Privatisierungschancen auf kommunaler Ebene	139
5.4 Gewichtung der unterschiedlichen Gestaltungsvarianten bei Ausgliederungen und	
Privatisierungen	140
C ALICHARIZANICAN DED CODUCA DE LA CARROLLA DA CARROLL	
6 AUSWIRKUNGEN DER FORMELLEN UND MATERIELLEN PRIVATISIERUNG AUF DIE ÖFFENTLICHE FINANZKONTROLLE	141
6.1 Die Veränderungen im Kontrollgefüge	
WI Die Verander ungen im Kontrongeruge	142
6.2 Die Kontrolle von Beteiligungsunternehmen durch den öffentlichen Träger	146
6.2.1 Die Beteiligungsverwaltung	
6.2.1.1 Die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung	146
6.2.1.2 Die Arbeit der Beteiligungsverwaltung	146
6.2.1.3 Das Steuerungs- und Überwachungsinstrumentarium der Beteiligungsverwaltung.	149
6.2.2 Der Aufsichtsrat	
6.2.2.1 Die Aufgaben des Aufsichtsrates	
6.2.2.2 Die Informationsmöglichkeiten des Aufsichtsrates	157
6.2.2.3 Die Mandatsträger des Staates im Aufsichtsrat	152
6.2.2.4 Die Bedeutung der Aufsichtsratskompetenzen für die Rechnungshöfe	
	1.74

6.3 Die Kontrolle durch externe Organe	154
6.3.1 Die Abschlußprüfer	155
6.3.1.1 Die Aufgaben des Abschlußprüfers	155
6.3.1.2 Die mangelnde Unabhängigkeit des Abschlußprüfers	156
6.3.1.3 Die Prüfungsmaßstäbe und -grundsätze hei der Abschlußprüfung	157
6.3.1.4 Die Prüfung und Berichterstattung im Rahmen der erweiterten Abschlußprüfung.	158
6.3.2 Die Rechnungshöfe	
6.3.4 Die Parlamente	
6.4 Die Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung durch die Rechnungshöfe	168
6.4.1 Die Grundlagen der Betätigungsprüfung	168
0.4.1.1 Gegenstand der Betatigungsprifting	1.0
0.4.1.2 Objekt der Betätigungsprüfting	170
6.4.1.3 Beurteilungsmaßstab der Betätigungsprüfung	171
6.4.2 Das örtliche Unterrichtungsrecht der Rechnungshöfe	172
6.4.3 Konkretisierung der Betätigungsprüfung durch ergänzende Vorschriften des Haushaltsrechts	
6.4.4 Chambtaristicals Made 1.1.1. D	174
6.4.4. Charakteristische Merkmale der Betätigungsprüfung	176
6.4.4.1 Aufspaltung der Prüfungsstruktur	176
6.4.4.2 Prüfungsinhalte	179
6.4.4.3 Prüfungsumfang und -dichte	180
6.4.4.5 Kooperation zwischen Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfen	181
(A.S. D. 15	182
6.4.5 Prüfungsmaßstäbe	183
5.4.5.1 Oldingshapigkell, Winschafflichkeit und Erfolg	192
0.4.3.2 Schwierigkeiten bei der inhaltlichen Konkretisierung der Delteingemoßerten	104
0.4.3.3 Flooreine im Zusammennang mit der Anwendung der Prüfungsmaßetähe	186
6.4.5.4 Bewertung der Prüfungsmaßstäbe	192
6.4.6 Prüfungsablauf	193
0.4.0.1 Fliase 1. Voruntersuchung	107
0.4.0.2 Fliase 2: Utiliche Ethebung in der Beteiligungsverwaltung	104
0.4.0.3 Fliase 3: Unmittelpare Ortliche Unterrichtung im Unternehmen	105
0.4.0.4 Fliase 4: Schlubbesprechung	108
0.4.0.5 I hase 5. Prulungshiederschrift	108
6.4.6.6 Bewertung des Prüfungsablaufs	199
6.4.7 Prüfungsstrategien und -orientierung	200
0.4.7.1 Zum aligemeinen Wandel der Prijfingsstrategien der Rechnungshafe	200
0.4.7.2 Flexiolitat der Prutungskonzente	202
6.4.7.3 Bewertung der Prüfungsstrategien und -orientierung.	204
6.4.8 Grundsätzliche Bewertung der Betätigungsprüfung im Vergleich zur Betteine	
der Haushalts- und Wirtschaftsführung	205
6.4.8.1 Einschränkung der öffentlichen Finanzkontrolle in der Theorie. 6.4.8.2 Einschränkung der öffentlichen Finanzkontrolle in der Praxis.	206
6.4.8.3 Abschließende Beurteilung der modernen Form der Betätigungsprüfung	208
6.5 Besondere Prüfungsrechte der Rechnungshöfe	212
6.5.1 Die Zuwendungsprüfung der Rechnungshöfe	212
6.5.2 Die Kontrolle von gesetzlich begründeten Affantlichen Zusch der und Constitution	
durch die Rechnungshöfe	. 213

6.6 Praktische Beispiele für formelle und materielle Privatisierung	214
6.6.1 Fall 1: DFS Deutsche Flugsicherung GmbH	
6.6.1.1 Die Ausgangslage	215
6.6.1.2 Auswirkungen der Organisationsprivatisierung auf den Bundesrechnungshof	220
6.6.2 Fall 2: Die Bahnreform	221
6.6.2.1 Die Ausgangslage	221
6.6.2.2 Der Wandel der Prüfungsrechte und -aufgaben des Bundesrechnungshofs	223
6.6.3 Fall 3: Die Postreform	
6.6.3.1 Die Ausgangslage	
6.6.3.2 Die Auswirkungen der Privatisierungen auf den Bundesrechnungshof	
6.6.4 Fall 4: Deutsche Lufthansa AG	231
6.6.4.1 Die Ausgangslage	231
6.6.4.2 Probleme bei der Vollprivatisierung und Auswirkungen auf den Bundesrechnungshof	222
6.6.5 Fazit der Fallbeispiele	
6.7 Veränderungen des Stärken-/Schwächenprofils der Rechnungshöfe als Folge von Privatisierungen	236
6.7.1 Freisetzung von Prüfungskapazitäten	236
6.7.2 Verdrängung von Ordnungsmäßigkeitskontrollen zugunsten von Wirtschaftlichkeitskontrollen	237
6.7.3 Deutlicheres Bemühen um Zukunftsorientierung	
6.7.4 Wachsende Bedeutung betriebswirtschaftlicher Kenntnisse	238
6.7.5 Verbesserung der Motivation	239
6.7.6 Bedeutungsverlust von Tradition und Erfahrung	239
6.7.7 Geringere Bedeutung von Veröffentlichungen	240
6.7.8 Größere Distanz zum privatisierten Unternehmen	240
6.7.9 Bewertung der Veränderungen des Stärken-/Schwächenprofils	241
7 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	242